

Venezuela und das „Neue Lateinamerika“

Von **Dario Azzellini**

Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 03/2006

Das kolumbianische Magazin „Semana“ wählte den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez jüngst zum „Mann des Jahres 2005“. Damit war Chávez der erste Ausländer, dem diese Auszeichnung zuteil wurde. Er habe, so die Begründung, die „politische Landkarte“ Lateinamerikas grundlegend verändert und die Möglichkeit anderer zwischenstaatlicher Beziehungen aufgezeigt. Dadurch sei Chávez zum inzwischen einflussreichsten Mann des Subkontinents avanciert.

In der Tat zielt die Außenpolitik Venezuelas auf die kontinentale Integration, um einen lateinamerikanisch-karibischen Block aufzubauen, der ein eigenes Entwicklungsmodell verfolgen und souverän im Weltgefüge agieren kann. Dieser soll ein Gegengewicht zu hegemonialen Bestrebungen vor allem der USA, aber auch der EU, bilden.

Auf dem Gipfeltreffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) 2000 in Kanada stand Chávez mit der Ablehnung der kontinentalen Freihandelszone FTAA/ALCA noch alleine. Auf dem letzten OAS-Gipfel im November 2005 in Buenos Aires dagegen wurde seine Position vom Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) unterstützt, auf den rund 70 Prozent der Exporte des Subkontinents entfallen. In der Folge wurde das ALCA, sehr zum Ärger der US-Regierung, faktisch gekippt.

Nur wenig später, am 9. Dezember vergangenen Jahres, trat Venezuela als fünftes Mitglied dem Mercosur bei. Dieser Beitritt war nicht zuletzt geopolitisch motiviert: Eine stärkere Integration schützt vor außenpolitischer Isolation – und stabilisiert dadurch auch den innenpolitischen Transformationsprozess der „Bolivarianischen Revolution“. Da Venezuela darauf drängt, dem Wirtschaftsbündnis auch eine soziale Komponente hinzuzufügen, dauern die Verhandlungen über die für Mitte 2007 angestrebte venezolanische Vollmitgliedschaft allerdings noch an.

Ein neues Lateinamerika?

Chávez hat wiederholt die Achse Caracas, Buenos Aires, Brasilia und Montevideo als Rückgrat des neuen Lateinamerika definiert. Die besten Beziehungen, neben denen zu Kuba, unterhält Venezuela dabei zu Argentinien. Während Argentinien's Energiekrise 2004 sprang das Land mit Treibstofflieferungen ein, die bis heute andauern. 2005 erwarb Venezuela argentinische Staatsanleihen in Höhe von 1,6 Mrd. US-Dollar. Auf dem OAS-Gipfel Ende 2005 unterstützte denn auch Gastgeber Néstor Kirchner am vehementesten die Positionen Chávez' und besuchte kurz darauf, als sich der Konflikt Venezuelas mit Mexiko und den USA zuspitzte, Caracas.

Die Beziehungen zu Brasilien, das über die größte Wirtschaftskraft der Region verfügt, sind für Venezuela von besonderer Bedeutung. Die politische Zusammenarbeit wurde allerdings von Seiten des brasilianischen Präsidenten Lula sehr eingeschränkt. Die Kooperation beschränkt sich im Wesentlichen auf Wirtschaftsprojekte im Erdöl- und Gassektor.

Die Integration, die Venezuela letztlich vorschwebt, zeigt sich vor allem in dem Gegenprojekt zur US-Vision einer kontinentalen Freihandelszone. Die „Bolivarianische Alternative für Amerika“ (ALBA) sieht die ungleiche Entwicklung als zentrales Problem und zielt auf eine solidarische Unterstützung schwächerer Mitglieder. Nur so könne eine Integration erreicht werden, die allen zugute kommt.

Die Interessen der anderen Länder sind bisher jedoch eher wirtschaftlicher Art. Zudem handelt es sich meist um binationale Verträge. Für eine stärkere strategische Bestimmung wären multilaterale Abkommen zwischen mehreren Ländern ebenso notwendig wie ein politisches Primat der Kooperation und eine politisch begründete Ausrichtung, wie jene zwischen Venezuela und Kuba. Allerdings gibt es erste Anzeichen für eine Entwicklung in diese Richtung: Mit dem Wahlsieg des Kokabauern Evo Morales in Bolivien scheint jedenfalls ein weiteres Land diesen Weg einzuschlagen. Bei den noch ausstehenden Wahlen im lateinamerikanischen Superwahljahr 2006 könnten allerdings noch weitere Staaten die neue Allianz verstärken, insbesondere bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador im Oktober und in Nicaragua im November haben linke Kandidaten gute Aussichten auf einen Sieg. Von großer Bedeutung wird darüber hinaus sein, ob in Kolumbien im Mai rechtsaußen Álvaro Uribe seine Wiederwahl erzielt, wer sich im Juli in Mexiko im Kopf an Kopf Rennen zwischen den rechten Sozialdemokraten Andrés Manuel López Obrador der PRD, dem reaktionär-klerikalen Felipe Calderón der regierenden PAN und Roberto Madrazo der ehemaligen Staatspartei PRI, der enge Verbindungen zum Drogenhandel pflegen soll, durchsetzen kann. Im Oktober wird sich schließlich Lula in Brasilien zur Wiederwahl stellen.

Die Vorreiterrolle spielt allerdings nach wie vor die Beziehung zwischen Venezuela und Kuba: Bei Anerkennung der deutlichen Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Systemen und Umgestaltungsvorstellungen haben diese beiden Staaten eine Kooperation aufgebaut, die auf gegenseitiger Unterstützung beruht: Kuba unterstützt Venezuela in den Sektoren Bildung und medizinische Versorgung, während Venezuela Kuba täglich 90 000 Barrel Erdöl zu Sonderkonditionen liefert. Ende April 2005 unterzeichneten die beiden Ländern 49 Abkommen in den Sektoren Gesundheit, Finanzen, Kommunikation, Transport, Energie und Industrie, die einen strategischen Plan zur Umsetzung des ALBA beinhalten.

Erdöldiplomatie und Diplomatie von unten

Eine entscheidende Rolle bei der Planung des „Neuen Lateinamerikas“ spielt das Öl. Der Strategie folgend, die Energieressourcen in Süd- und Zentralamerika sowie der Karibik für die eigene Entwicklung einzusetzen, statt den Löwenanteil der Geschäfte transnationalen Konzernen zu überlassen, entstand in Venezuela die Idee des kontinentalen Brennstoffverbunds Petroamérica. Dieser soll sich aus den drei regionalen Verbänden Petrocaribe, Petrosur und Petroandina zusammensetzen.

Am weitesten fortgeschritten ist Petrocaribe. Die karibische Erdöllallianz, mittels derer Venezuela die Mitgliedsländer mit Erdöl und Treibstoff zu Vorzugskonditionen beliefert, wurde im Juni 2005, auf dem ersten Energiegipfel der karibischen Regierungs- und Staatsschefs, in Venezuela gegründet. 13 der 15 Caricom-Mitglieder traten Petrocaribe bei; nur Trinidad und Tobago sowie Barbados blieben außen vor. Venezuela sicherte vertraglich zu, täglich 185 700 Barrel Öl zu liefern und auch das Versorgungsnetz zu stellen. 60 Prozent des Kaufpreises sind innerhalb von drei Monaten zu begleichen, können aber mit Exportprodukten bezahlt werden (beispielsweise Reis, Bananen und Zucker). Die verbleibenden 40 Prozent werden als – nahezu zinsfreie – Kredite mit Laufzeiten von 17 bis

25 Jahren ausgegeben. Zusätzlich wurde ein Sozialfond eingerichtet, in den Venezuela jährlich 50 Mio. US-Dollar einzahlte.

Einen weiteren großen Schritt für die von Venezuela angestrebte „energetische Integration“ stellte der im Januar auf der Trilateralen Konferenz von Argentinien, Brasilien und Venezuela vereinbarte Bau einer 8000 km langen Gaspipeline quer durch den Kontinent dar. Die Pipeline, deren Bauzeit auf sieben Jahre und deren Kosten auf 17 bis 20 Mrd. US-Dollar geschätzt werden, soll von Venezuela durch Brasilien bis Argentinien reichen und über Abzweige nach Bolivien, Paraguay und Uruguay führen.

Die Politik der ökonomischen Integration des Kontinents wird begleitet von einer geschickten Ansprache der Massen. Seinen jüngsten Auftritt auf dem polizentrischen Weltsozialforum in Caracas hat Chávez sichtlich genossen. Er rief das Forum dazu auf, klare gemeinsame Forderungen zu formulieren. Dabei gefiel die starke Präsenz der venezolanischen Regierung keineswegs allen. Doch vor allem lateinamerikanische Bewegungen sehen in Venezuela mehr als nur einen strategischen Bündnispartner, der in den vergangenen Jahren diverse kontinentale und internationale Kongresse von sozialen Bewegungen in Venezuela finanziell und organisatorisch unterstützt hat, so unter anderem den Kongress der internationalen Bauernorganisation Via Campesina, der lateinamerikanischen Alternativ- und Basismedien, der Frauen gegen das ALCA, sowie der Weltjugendfestspiele.

Dabei geht es keineswegs nur um Symbolik. Angehörige der brasilianischen Landlosenbewegung MST beraten die venezolanische Regierung und organisieren mit venezolanischen Bauernorganisationen Schulungen, die Alternativ- und Basismedien in Venezuela erhalten staatliche Unterstützung und haben am Telekommunikationsgesetz mitgearbeitet. Die Teilnahme von über 350 selbstverwalteten Betrieben aus Lateinamerika am Kongress der „rückeroberten Unternehmen“ Ende Oktober 2005 in Caracas war nur dank der Finanzierung der venezolanischen Regierung möglich. Über mehrere Tage hinweg wurde politisch und geschäftlich diskutiert, Erklärungen wurden verabschiedet, Kontakte geknüpft und Handelsverträge unterschrieben. Venezuela gründete einen Fonds für den Know-how-Transfer unter selbstverwalteten Unternehmen und unterzeichnete diverse Abkommen. Chávez nannte das Netzwerk das „ALBA von unten“.

Außen- vs. Innenperspektive

Insgesamt wird die Führungsrolle Venezuelas bei der Integration des Subkontinents immer weniger bestritten. Die Außenwahrnehmung hingegen ist, insbesondere in Europa und den Vereinigten Staaten, gegenüber der venezolanischen Entwicklung nach wie vor ausgesprochen kritisch. Gerade in akademischen Debatten dominiert die Ansicht, dass in Venezuela eine „Demontage liberal-demokratischer Institutionen“ (1) erfolge, die zu einer „defekten Demokratie“ (2) führe, deren „autoritärer Regress vorgezeichnet“ sei. Die Medien übersetzen dies als „undemokratisch“.

Die Wahrnehmung der Bevölkerung Venezuelas ist dagegen eine völlig andere. Laut der Ergebnisse in 2005 der jährlichen kontinentalen Umfrage des chilenischen Instituts „Latinobarometro“ (3) ist in Venezuela der Anteil der Bevölkerung, der das eigene Land für „völlig demokratisch“ hält, höher als in jedem anderen Land Lateinamerikas. Auf einer Skala von eins bis zehn erhielt Venezuela einen Durchschnittswert von 7,6 (Lateinamerikadurchschnitt: 5,5). Und nach Uruguay (63 Prozent) hat Venezuela mit 56 Prozent den zweithöchsten Bevölkerungsanteil des Kontinents, der sich mit dem

Funktionieren der eigenen Demokratie zufrieden zeigt (Lateinamerikadurchschnitt: 31 Prozent). 65 Prozent äußern sogar Zustimmung zu der Arbeit von Chávez, während dies nur 47 Prozent der brasilianischen Befragten über Lula sagen.

Entgegen der Argumentation von US-Außenministerin Condoleezza Rice über „demokratisch gewählte Führer in Lateinamerika, die in illiberaler Weise regieren“, maßen in Venezuela – bei der Frage nach den wichtigsten Charakteristiken der Demokratie – mehr Menschen als in jedem anderen lateinamerikanischen Land bürgerlichen Freiheiten eine höhere Bedeutung zu als Wahlen. In der Tat ist die Zivilkultur in Venezuela besonders ausgeprägt. So kennen 44 Prozent die eigene Verfassung und 60 Prozent ihre eigenen Rechte. Die venezolanische Bevölkerung ist auch davon überzeugt, dass die Regierung effektiv gegen Korruption vorgeht. Die weit über dem lateinamerikanischen Durchschnitt liegende Zufriedenheit der venezolanischen Bevölkerung ist in den Umfragen des Institut aus den Jahren 1996 bis 1998, also vor Beginn der Amtszeit von Chavez, noch nicht belegt. Die Werte von 2000 verzeichnen dagegen einen 20-Prozent-Sprung im Vergleich zu 1998 und sind seitdem weiter gestiegen.

Wahlen und Delegitimierungsstrategien

Die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung am 4. Dezember 2005 lag tatsächlich bei nur 25,29 Prozent. Ein Anlass für die internationale Presse und die US-Regierung, ihre „Besorgnis“ bezüglich des Zustands der venezolanischen Demokratie auszudrücken. Zu der niedrigen Wahlbeteiligung trug jedoch entscheidend bei, dass die Wahlen von vier wesentlichen Oppositionsparteien (AD, Copei, Proyecto Venezuela und Primero Justicia) boykottiert wurden. Die Oppositionsparteien zogen sich vier Tage vor dem Urnengang zurück, obwohl der Wahlrat alle ihre Wünsche und Beschwerden berücksichtigt hatte, wie die Wahlbeobachtung der OAS und der EU bestätigte. Die Oppositionsparteien, die in der alten Nationalversammlung insgesamt noch 38 Sitze innehatten, konnten auf diese Weise keinen einzigen Sitz mehr erringen. Eine Wahlteilnahme war aber wohl bereits von Anfang an gar nicht geplant; schließlich führten die Oppositionsparteien fast keinen Wahlkampf. Ohnehin sagten nahezu alle Meinungsumfragen von Anfang an eine Zweidrittelmehrheit für die Linke voraus.

Diese Strategie, eine linke Regierung durch einen Wahlboykott der Opposition international zu delegitimieren, kam auch bereits 1984 im sandinistischen Nicaragua zum Zuge, als die bürgerliche Opposition auf US-Anweisung die Wahlen boykottierte, um anschließend das von den Sandinisten dominierte Parlament als Beweis für ein „diktatorisches Einparteiensystem“ denunzieren zu können. Die neue venezolanische Nationalversammlung ist allerdings längst nicht so monolithisch, wie es die Berichterstattung suggeriert. In ihr sind verschiedenste Strömungen vertreten. Von den 167 Abgeordneten gehören 114 zu Chávez' ideologisch buntem Wahlbündnis MVR (Movimiento V. República, Bewegung V. Republik), 15 zu PODEMOS (Por la democracia social, Für die soziale Demokratie, 2002 als linkssozialistische Abspaltung der MAS entstanden), elf zur PPT (Patria Para Todos, Vaterland für Alle, 1997 als linkssozialistische Abspaltung aus der Causa R entstanden), acht zur KP Venezuelas (PCV), je einer zu den kleinen linken Parteien UPV (Unión Popular Venezolana, stark auf Chávez und die charismatische Gründerin Lina Ron fixierte Partei mit radikalem Diskurs) und MEP (Movimiento Electoral del Pueblo, Wahlbewegung des Volkes, Linksabspaltung 1967 von der ehemals regierenden sozialdemokratischen Acción Democrática), vier zu der Basisorganisation UVE (Unión de Vencedores Electorales, Vereinigung der Wahlgewinner, aus der Basisorganisation gegen Chávez' Abwahl

hervorgegangen), zwei zum venezolanischen Indígenaverband CONIVE und acht Kandidaten zu vier kleinen Regionalparteien, die in Wahlkreisen Listenverbindungen mit den landesweiten bolivarianischen Parteien eingingen. Zwei Kandidaten und eine Kandidatin, die nicht die offizielle Unterstützung genossen, aber die Regierung unterstützen, konnten sich in ihren Wahlkreisen gegen die offiziellen Kandidaten durchsetzen.

Zu der niedrigen Wahlbeteiligung dürfte aber vor allem beigetragen haben, dass ein Großteil der bolivarianischen Basis den Urnen fern blieb. So stimmten etwa drei Millionen Personen für Kandidaten der Regierung. Noch im August 2005 hatten dagegen sechs Millionen gegen die Amtsenthebung von Chávez gestimmt.

Die Beteiligung an Parlamentswahlen ist ohnehin immer erheblich niedriger als an Präsidentschaftswahlen. Der Triumphalismus mit dem schon Wochen zuvor der sichere Sieg der Regierung propagiert wurde, sorgte ebenfalls dafür, dass viele der Wahl fernblieben. Einigen erschien eine Teilnahme überflüssig, andere wollten die Siegesgewissheit der Regierung abstrafen. Doch viele Aktivistinnen und Aktivisten der Basis haben nicht gewählt, weil die Kandidaturen erneut mittels Aushandlungen unter den Parteiführungen zustande kamen und nicht (wie eigentlich zugesagt) über demokratische Abstimmungen in der Basis. Viele der Kandidaten und Kandidatinnen genießen wenig Vertrauen in der Bevölkerung. Zudem besteht große Unzufriedenheit mit zahlreichen Regierungsfunktionären, die den Transformationsprozess – vor allem die Übertragung von Kompetenzen an die organisierte Basis – behindern und Finanzierungen, Löhne und Sonderleistungen für Basisaktivisten und Mitarbeiter von Programmen zurückhalten.

Druck von unten

Trotz dieser demokratischen Defizite ist der Erfolg der Regierung Chávez ohne die breite Unterstützung von unten nicht zu erklären. Der Putsch vom April 2002 gegen sie führte zu einer großen Mobilisierung und starken Radikalisierung der Bevölkerung. Gemeinsam mit der Armee machte sie den Putsch rückgängig. Doch die Regierung schlug einen für breite Teile ihrer Basis schwer nachvollziehbaren Versöhnungskurs ein. Die Massenmobilisierung wurde also nicht für eine Radikalisierung des Transformationsprozesses ausgenutzt.

Weiter gehend, wenn auch immer noch zaghaft, waren die Reaktionen im Anschluss an die Unternehmerstreiks und die Sabotage im Erdölsektor in den Jahren 2002 und 2003. Das Überleben des eingeleiteten Transformationsprozesses war hier einzig der Massenmobilisierung und der von unten entstandenen „zivil-militärischen Einheit“, also dem Bündnis zwischen Basis und Armee, zu verdanken. Präsident Chávez nahm die Niederlage der Opposition zum Anlass für eine Radikalisierung seines Diskurses. Er prägte dafür die Losung der „Revolution in der Revolution“ und orientierte nunmehr zunächst auf antiimperialistische und dann auch auf antikapitalistische Positionen.

Dennoch herrschen in Venezuela weiterhin kapitalistische Verhältnisse, ist der Diskurs – notwendigerweise – weiter als die Realität. Zwar finden auch Vorstellungen einer Demokratisierung der Besitz- und Produktionsverhältnisse, die Übernahme geschlossener Fabriken durch die Beschäftigten, der Ruf der Bauernbewegungen nach Enteignung von Großgrundbesitz und die Demokratisierung der Medien und Entscheidungsstrukturen ihren Weg in staatliche Maßnahmen. Doch innerhalb der Regierung ist es vor allem Chávez selbst, der eine Radikalisierung der Politik fordert und formuliert. Dabei umgeht er, gestützt auf die

Basisbewegungen, einen großen Teil der Institutionen und Regierungsparteien. In der Praxis werden seine weiter reichenden Pläne von diesen oft nicht mitgetragen.

Seit Anfang 2005 spricht Chávez von der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, da sonst die Armut und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigt werden könne. Der Sozialismus sei die einzige Alternative zum Kapitalismus. Allerdings ist das Scheitern des Realsozialismus Chávez zufolge offensichtlich, so dass es einen Sozialismus des 21. Jahrhundert zu erfinden gelte. Während Chávez davon spricht, den Sozialismus neu zu erfinden, dominieren in den Institutionen lineare und reformistische Vorstellungen gesellschaftlicher Transformation. So werden selbst bereits verabschiedete Gesetze gar nicht oder nur zögerlich umgesetzt.

Zwar wird so viel wie nie zuvor in Bildung, Soziales und lokale Entwicklung investiert, doch der Widerspruch zwischen Chavez' politischen Leitlinien und der institutionellen Umsetzung ist für die Bevölkerung sehr deutlich. Nur in Teilen wurde die alte politische Klasse durch eine neue ersetzt. In den landesweiten Regierungsparteien tauchen dagegen – nachdem die Opposition politisch wie ökonomisch weitgehend entmachtete wurde – zunehmend die bekannten Verhaltensmuster aus den Altparteien auf: Machtkämpfe, Postengeplänkel und auch Vetternwirtschaft. So treten die Regierungsparteien bisher kaum für die von der Verfassung vorgesehene weitere Übertragung der Macht auf die Bevölkerung ein.

Verschärft werden die Probleme durch Angehörige der alten politischen Klasse, die sich den neuen Umständen angepasst haben. Korruption und Klientelismus – prägend für die vergangenen 40 Jahre und tief eingeschrieben in die sozialen und politischen Praktiken des Landes – haben zwar abgenommen und werden bekämpft, sind aber nach wie vor weit verbreitet.

Proteste und eigene Initiativen der Basis nehmen zwar stetig zu, die Bewegung bleibt aber weiterhin stark zersplittert. Wie weit der Transformationsprozess in Venezuela letztlich gehen wird, ist derzeit nicht vorauszusagen. Die Widersprüche zwischen der „Revolution in der Revolution“ und der gegenläufigen Orientierung aus den Institutionen auf langsame Reformen, bei weitgehendem Erhalt der vorhandenen Strukturen, wachsen kontinuierlich.

Der Prozess, an dem ein breites Feld gesellschaftlicher und politischer Kräfte beteiligt ist, bleibt offen. In manchen Bereichen haben sich transformatorische linke Positionen durchgesetzt, in anderen eher reformistische. In diesem Jahr wird entscheidend sein, inwieweit es Chávez gelingt, die aktive Partizipation der Basis auszuweiten, die Korruption zurückzudrängen und weitere Erfolge in der Armutsbekämpfung zu erzielen. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember kandidiert Chávez für seine zweite und, laut Verfassung, letzte Amtszeit. Die USA haben bereits in den vergangenen Monaten den Druck auf Venezuela verstärkt; im Lauf des Jahres dürfte er weiter zunehmen.

Aus gutem Grund – weisen die kommenden Wahlen doch weit über die Grenzen Venezuelas hinaus. Letztlich wird die weitere Entwicklung des Landes in hohem Maße darüber entscheiden, inwieweit dem „Neuen Lateinamerika“ insgesamt eine eigenständige, antikapitalistische Entwicklung gelingt.

(1) Krennerich, Michael, 2003: Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 38 - 39 / 15.09.2003

(²) Röder, Jörg / Rösch, Michael, 2001: Neopopulismus in Venezuela – Aufbruch in die Dekade der Illusionen? Brennpunkt Lateinamerika, Nr. 1

(³) Das Institut führt seit zehn Jahren in 18 Ländern Lateinamerikas Umfragen zur Einschätzung der Bevölkerung bezüglich ihrer Regierungen und Länder durch. 2005 wurden 20 000 Interviews geführt; vgl. www.latinbarometro.org.